

Von: Simone Tolle [<mailto:Simone.Tolle@gruene-fraktion-bayern.de>]
Gesendet: Sonntag, 11. Juni 2006 11:11
An: Petra Litzenburger
Betreff: AW: Forderung nach Interventionsteams an Schulen

Sehr geehrte Frau Litzenburger,
bitte entschuldigen Sie meine späte Antwort, aber Ihre E-Mail ist aus Versehen liegen geblieben.
Zunächst bedanke ich mich für Ihre Anregungen, die in meine parlamentarische Arbeit einfließen werden.
Wir haben Ähnliches beantragt und uns dabei am Orweus-Projekt aus Norwegen orientiert, das sehr erfolgreich gearbeitet hat, ohne dass es sehr viele Kosten verursacht hat.
Unseren Antrag, den die CSU leider abgelehnt hat und meine Rede dazu hänge ich Ihnen an.
Ich gebe Ihnen auch unsere Forderungen zum Thema "Gewalt an Schulen" zur Kenntnis, die wir im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt haben.
Mit freundlichen Grüßen
gez. Simone Tolle, MdL

Simone Tolle, MdL
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im bayerischen Landtag
Sprecherin für die Bereiche Bildung, Frauen und Sport
www.tolle-simone.de
Fon: 089 4126 2574 oder 09353 906437

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Simone Tolle, Renate Ackermann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Ruth Paulig, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Adi Sprinkart, Christine Stahl und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Gewaltprävention an Schulen durch aktivierende pädagogische Maßnahmen ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Gewalt an den Schulen durch den Ausbau von pädagogischen Maßnahmen zu verhindern. Sie unterstützt die Schulen bei der Entwicklung von Präventionskonzepten, von Ansätzen zur friedlichen Konfliktlösung, Konzepten zur Krisenintervention und bei der Entwicklung einer gewaltfreien Schulkultur personell, finanziell und fachlich.

Der aktuelle Ansatz der Staatsregierung, auffällige Kinder und Jugendliche vom Unterricht auszuschließen und sich selbst zu überlassen, löst das Problem nicht und wird deshalb nicht weiter verfolgt.

Lehrerinnen und Lehrer müssen mehr Zeit erhalten für erzieherische Arbeit. Nötig ist deshalb der deutliche Ausbau der Schulsozialarbeit, die erforderlichen Mittel müssen dafür im Haushalt bereitgestellt werden. Darüber hinaus wird das Netz von Schulpsychologinnen und -psychologen, Beratungslehrerinnen und -lehrern und sonderpädagogischen Diensten ausgebaut.

Zusätzlich müssen Arbeitshilfen für die pädagogische Arbeit zur Gewaltprävention zur Verfügung gestellt werden. Durch Fortbildung und Angebote bei der Lehrerbildung werden Pädagogen bei ihrer Arbeit unterstützt.

Konfliktprävention, der Ausbau von sozialen und emotionalen Kompetenzen sowie aktive Konfliktlösung müssen fester Bestandteil des Unterrichts werden. Die Ganztagschule bietet als Lern- und Lebensort hierfür die besten Möglichkeiten. Deshalb muss ihr Ausbau forciert werden.

Die Eltern und die Kommunen mit ihren Unterstützungs- und Beratungssystemen sowie die Jugendverbände werden einbezogen.

Darüber hinaus erhalten Medienerziehung sowie das Thema „Gewalt in den Medien“ als fächerübergreifendes Element im Unterricht einen hohen Stellenwert und die Betreuung der neuen Medien an der Schule die erforderlichen Lehrerstunden. Forschungsprojekte, die sich mit den multikausalen Ursachen von Gewalt beschäftigen, werden forciert, ihre Schlussfolgerungen umgesetzt.

Begründung:

Der Landtag stellt mit großer Sorge fest, dass die Zahl der Gewalttaten an Schulen zunimmt. Gewalt an den Schulen wird nicht akzeptiert, denn alle Menschen haben ein Recht auf physische und psychische Unversehrtheit.

Junge Menschen reagieren besonders sensibel auf gesellschaftliche Veränderungen, deshalb ist ihr Verhalten Hinweis auf gesamtgesellschaftliche Mängel und Problemlagen.

Gewalt unter Kindern und Jugendlichen ist ein Zeichen von Perspektivlosigkeit. Viele erkennen sehr genau, dass sie später keine Chance auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe haben. Unser Schulsystem grenzt u. E. gnadenlos aus und beraubt viele unserer Kinder ihrer Chancen.

Kinder und Jugendliche sind die Erwachsenen von Morgen, Schule muss daher dafür sorgen, dass Werte und Normen einer Gesellschaft auch zukünftig beachtet werden und gelten.

Politik hat Verantwortung für den Umgang mit Gewalt speziell in der Schule. Deshalb ist es vorrangiges Ziel, die spezielle Dimension von Gewalt in ihrem jeweiligen Kontext zu betrachten und dort mit präventiven und erzieherischen Mitteln anzusetzen.

Ein präventiver Ansatz, der junge Menschen und die Hintergründe für Gewalttaten in den Mittelpunkt rückt mit Angeboten zur Förderung und Hilfen zur Entwicklung, reicht aus.

Administrative, repressive Maßnahmen wie z.B. Schulausschluss waren in der Vergangenheit nicht erfolgreich und werden deshalb auch in der Zukunft nicht angewandt.

Ermutigende Beispiele aus der Praxis zeigen, dass sich pädagogische Ansätze zur Konfliktbewältigung immer mehr durchsetzen und die entsprechenden Erfolge aufweisen (vgl. z.B. die Streitschlichterprogramme).

Rede zum Dringlichkeitsantrag im März

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Debatte, die jetzt in den Zeitungen hochkocht, einigermaßen zu versachlichen, habe ich die polizeiliche Kriminalstatistik eingesehen und die Zahlen seit 1999 geprüft. Da kommt deutlich zum Ausdruck, was seit dieser Zeit an Gewalt in den Schulen in Bayern passiert. Es hat sich eine Zunahme um 38,7 % ergeben. Da diese Zahlen schon sehr lange veröffentlicht sind, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hätten Sie eigentlich wissen müssen, was an den Schulen passiert, und da sind die Vorfälle vergangener Zeit ein weiteres Indiz dafür, dass sich überhaupt nichts gebessert hat.

Eigentlich muss das zu dem Schluss führen, dass man die Maßnahmen, die man bisher eingeleitet hat – wenn es denn welche gegeben hat –, auch auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert. Ich meine, dabei waren Sie, Herr Minister Schneider, wenig erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerischer Landtag · 15. Wahlperiode Plenarprotokoll 15/64 v. 30. 03. 2006 4855

Wie reagieren Sie auf die zunehmende Gewalt an unseren Schulen? – Ihre einzige Antwort ist eine Verschärfung der Sanktionen. Sie haben bereits im letzten Jahr Art. 86 des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes geändert. Im Moment liegt ein weiterer Entwurf zur Verschärfung dieses Gesetzes vor; dieser Entwurf setzt ausschließlich auf Schulausschluss und geht sogar so weit, die Schulpflicht zu verkürzen, was ich für verfassungsrechtlich bedenklich halte. Das zum einen. Zum anderen hatten Sie bei der letzten Änderung den Schülerinnen und Schülern sogar die Möglichkeit der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruches genommen. Sie verbieten Handys an den Schulen, denken aber nicht darüber nach, ob Sie das auch durchsetzen können und bringen auch die Lehrerinnen und Lehrer in eine sehr schwierige Situation. Heute ist in der Presse zu lesen, dass es bereits erste Handy-Kontrollen gibt. Die Handys werden nicht nur eingesammelt, sondern auch auf ihren Inhalt überprüft,

(Eduard Nöth (CSU): Wo denn?)

was ich für schlecht halte, weil das datenschutzrechtlich ein Vergehen ist. Herr Kollege Nöth, ich kann Ihnen das gerne zeigen; das ist heute im Pressespiegel nachzulesen. Ihre Verbotspolitik ist nicht erfolgreich gewesen. Ich meine, das zeigt auch die Zunahme der Gewalttaten an Schulen. Sie ist deshalb nicht erfolgreich, weil es Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, an politischem Willen fehlt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sich mit dem Gewaltproblem an der Schule aktiv auseinanderzusetzen. Ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen. Der Landkreistag hat heute in der Presse veröffentlicht, dass es 7500 verhaltensauffällige Schüler gibt. Sie haben für diese Schülerinnen und Schüler aber lediglich 2500 Plätze zur Verfügung gestellt. Es fehlt an Unterstützungssystemen, es fehlt zum Beispiel an Schulpsychologen. Eine Zahl: Wir haben 5000 Schulen und 500 Psychologen. Laut einer Befragung des BLLV beträgt die durchschnittliche Wartezeit eines Schülers auf die schulpsychologische Beratung sieben Wochen. Ich finde es nahezu lächerlich, dass man sieben Wochen auf Unterstützung warten muss, wenn es ein Problem gibt. Bei Beratungslehrern beträgt die durchschnittliche

Wartezeit 3,5 Wochen. Obwohl Sie wissen, dass die Zahl der Gewalttaten an Schulen zunimmt, haben Sie – das hat mir Kollege Mütze berichtet – im letzten Jahr nur sechs zusätzliche Psychologen und in diesem Jahr sieben eingestellt. Darauf sind Sie auch noch stolz. Sehr geehrter Herr Minister, ich sage Ihnen: Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt an unseren Schulen ist das ein Armutzeugnis und noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Schulsozialarbeit machen Sie, wie in der gesamten Bildungspolitik, Politik nach Kassenlage. Sie haben Anfang 2002 – so ist es zu lesen – mit großem Stolz 350 Planstellen für die nächsten zehn Jahre verkündet und das auch noch für einen Erfolg gehalten. Ich halte das nicht für einen Erfolg. Ich halte es für ein Debakel, dass Sie noch nicht einmal dieses ärmliche Ziel eingehalten haben. Sie haben nämlich bisher gerade einmal 87 Schulsozialarbeiter eingestellt – das sind 17 pro Jahr, also die Hälfte der von Ihnen angekündigten Zahl pro Jahr. Ich würde mir schon einmal überlegen, was außer Verboten zu tun ist, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern gibt es nichtsdestotrotz viele gute Projekte zur Gewaltprävention. Wie immer im bayerischen Schulwesen gibt es Modellprojekte, die dann auch wieder eingestellt werden. Diese Feigenblätter verschwinden wieder in der Schublade, und langfristig hat sich überhaupt nichts bewegt. Wenn es Projekte zur Gewaltprävention gibt, dann müssen sie ohne finanzielle und ohne personelle Mittel auskommen. Dies gilt es zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte sagen, dass ein ganz klares Signal an die Schulen und auch an die Gesellschaft ausgehen muss, dass wir Gewalt nicht akzeptieren. Ich meine aber, dass wir die Probleme klar und deutlich benennen müssen. Mit Ihrer Verbotspolitik halten Sie die Türe zu. Irgendwann aber wird es wie eine Naturgewalt über Sie kommen, und dann können Sie gar nichts mehr tun. Lassen Sie uns also mit einer Problembeschreibung beginnen; denn nur wer ein Problem auch richtig beschreibt, ist in der Lage, das Problem auch zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können damit beginnen, zur Kenntnis zu nehmen, dass gerade junge Menschen besonders sensibel auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Deshalb ist die Zunahme von Gewalt an den Schulen auch ein Hinweis auf gesamtgesellschaftliche Problem- und Mängellagen. Gewalt unter Kindern und Jugendlichen ist aus meiner Sicht ein Besorgnis erregendes Zeichen, unter anderem für Perspektivlosigkeit, die einige unserer Kinder schon in recht jungen Jahren empfinden.

Ich erinnere mich noch sehr genau an eine Besuchergruppe aus Hauptschülern, die dasaßen und gesagt haben: Was haben wir denn für eine Chance? Aufgabe von Politik ist es, diesen Kindern, diesen Jugendlichen eine Chance auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe zu geben. Anscheinend ist es so, dass unser Schulsystem diese Botschaft nicht an alle vermittelt, weil sich viele um ihre Chancen gebracht sehen. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen, und wir müssen darauf passende Antworten geben.

Wenn man sich in der Welt und auch in Deutschland umschaut, sieht man aber auch, dass wir der Gewalt in

der Schule nicht hilflos ausgeliefert sind. Wir müssen nicht versuchen, sie mit drakonischen Strafen auszumerzen, weil es andere erprobte Wege gibt, wie gewalttätigem Verhalten bei Kindern und Jugendlichen präventiv und **Bayerischer Landtag** · 15. Wahlperiode 4856 Plenarprotokoll 15/64 v. 30. 03. 2006 korrektiv begegnet werden kann. In der Welt gibt es sehr viele Beispiele. Als Beispiel nenne ich die Anti-Gewalt-Kampagne in Norwegen, die erfolgreich in England und auch in Schleswig-Holstein wiederholt wurde. Ich glaube, auf diese Erfahrungen können wir zurückgreifen. In Norwegen führte eine Anti-Gewalt-Kampagne zu einer Verringerung der unmittelbaren und mittelbaren Gewaltausübung, und zwar an der Schule, in der Familie und in der Umgebung. Es fand auch keine Gewalt mehr auf dem Schulweg statt. Das Ganze ist im Laufe von zwei Jahren passiert. Nebenbei sind Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer mit ihrem Schulalltag auch zufriedener gewesen.

Deshalb ist es für meine Fraktion wichtig, Gewalt an den Schulen durch den Ausbau von pädagogischen Maßnahmen zu verhindern. Vieles ist vorhanden, auf dem wir aufbauen können. Ich nenne nur ein paar Beispiele: Streitschlichterprojekte; in Rheinland-Pfalz gab es ein erfolgreiches Projekt, das PROPP hieß; der Sport engagiert sich sehr stark in präventiver Anti-Gewalt-Arbeit; auch die Jugendverbände machen sehr gute Angebote. In Bayern fehlt ein roter Faden. Deshalb fordert unser Antrag die Staatsregierung auf, die Schulen bei der Entwicklung von Präventionskonzepten, von Ansätzen zur friedlichen Konfliktlösung und bei der Entwicklung von Konzepten zur Krisenintervention personell, finanziell und fachlich zu unterstützen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Prävention muss an der Schule professionell implementiert werden. Sie darf nicht der Beliebigkeit oder dem Zufall überlassen werden. Herr Minister Schneider, da nützt es auch nichts, wenn man ab und zu einmal eine Broschüre herausgibt oder eine Internetseite schaltet. Ich habe im Studium gelernt: Wenn man Marketing macht, muss auch etwas dahinter sein. Wenn Sie die Schulen bei Präventionskonzepten unterstützen, wäre das der nötige Unterbau, den Sie dann mit einer Homepage oder einer Broschüre begleiten könnten.

Wenn wir es mit der Bekämpfung der Gewalt an den Schulen ernst meinen, müssen wir Ihre Ausschluss- und Verbotspolitik beenden, weil sie erwiesenermaßen nicht erfolgreich war. Stattdessen brauchen wir Schulpsychologen und Schulpsychologinnen, Beratungslehrer und Beratungslehrerinnen, Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen, Beratungslehrer und Beratungslehrerinnen sowie sonderpädagogische Dienste, die zeitnah und auch örtlich nah zur Verfügung stehen. Lehrer und Lehrerinnen brauchen mehr Zeit, um sich der Erziehungsarbeit widmen zu können. Herr Kollege Nöth, Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass Lehrkräfte mit 30 Schülern und Schülerinnen in einer Klasse nicht immer gleich oder sehr oft gar nicht erkennen, dass eines dieser Kinder ein Problem hat.

Um diese Konzepte an den Schulen erfolgreich zu implementieren, müssen Arbeitshilfen für die pädagogische Arbeit bereitgestellt werden und die Lehrkräfte durch Ausund Fortbildung für neue Konzepte qualifiziert werden. Wichtig ist außerdem, die Konfliktprävention, die aktive Konfliktlösung sowie den Ausbau von sozialen und emotionalen Kompetenzen als festen Bestandteil des Unterrichts

zu begreifen. Hierfür bietet aus unserer Sicht die Ganztagschule die besten Möglichkeiten. Wir möchten deshalb den Ausbau der Ganztagschule forcieren. Wir brauchen auch eine Vernetzung mit den Beratungs- und Unterstützungssystemen der Kommunen, den Jugendverbänden und den Vereinen aus der Region. Außerdem müssen Schüler und natürlich auch deren Eltern in die Entwicklung von Gewaltpräventionsprojekten einbezogen werden. Die Medienerziehung muss an den Schulen einen höheren Stellenwert bekommen. Nebenbei möchte ich bemerken: Wir als Politiker und Politikerinnen sollten gemeinsam kritisieren, dass Fernsehen und Internet immer gewalttätiger werden. Vom Bayerischen Landtag sollte die Botschaft ausgehen, dass wir so etwas nicht hinnehmen und dass wir uns auch nicht an die zahlreichen Ballerfilme, die nahezu die gesamte Fernsehlandschaft beherrschen und die Menschen abstumpfen, gewöhnen werden.

Wir sollten darüber hinaus Forschungsprojekte auf den Weg bringen, mit denen untersucht werden soll, wie wir Gewalt an Schulen in Zukunft vermeiden können. Herr Minister Schneider, ich hoffe nicht, dass Sie mir jetzt sagen, dass wir das alles schon hätten; denn der rote Faden fehlt. Es fehlt etwas, mit dem diese Maßnahmen zusammengeführt werden. In der Praxis gibt es ermutigende Beispiele, die beweisen, dass pädagogische Ansätze Erfolg haben. Schule ist ein Ort des Lebens und des Lernens. Schule darf nicht nur Wissen und Fähigkeiten vermitteln, sondern muss durch gezielte Arbeit zu einem Ort werden, an dem Solidarität, Gewaltfreiheit und tolerantes Miteinander gelebt und vorgelebt werden. Herr Kollege Nöth, so habe ich es gelernt.

Deshalb möchte ich, dass Konfliktprävention fester Bestandteil des Unterrichts wird. Dann haben wir die Chance, die Einstellung gegenüber der Gewalt positiv zu verändern. Unseren Kindern und Jugendlichen wird es dann leicht fallen, die Erfahrungen aus der Schule in die Alltagswelt und damit in die Erwachsenenwelt hineinzunehmen.

Unser Dringlichkeitsantrag würde das auf den Weg bringen. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung.
(Beifall bei den GRÜNEN)

Grüne Forderungen zur Prävention von Gewalt in Schulen

Gewaltprävention an Schulen durch aktivierende pädagogische Maßnahmen ausbauen

Hierzu gehört die Unterstützung bei Präventionskonzepten, Ansätzen zur friedlichen Konfliktlösung, Konzepten zur Krisenintervention, Entwicklung einer gewaltfreien Schulkultur. Fachliche, personelle und finanzielle Mittel hierfür müssen bereitgestellt werden; bestehende Projekte sind einzubinden. SchülerInnen werden einbezogen.

Ausbau eines pädagogischen und sozial-psychologischen Unterstützungsnetzes

Mehr SchulsozialarbeiterInnen

Mehr SchulpsychologInnen

Mehr BeratungslehrerInnen

Entwicklung von Arbeitshilfen zur Gewaltprävention für LehrerInnen und SchülerInnen

Unterstützung von LehrerInnen in der Ausbildung und durch Fortbildung. Pflege und Ausbau der Streitschlichtung.

Konfliktprävention als fester Bestandteil des Unterrichts und des Schulalltags

Konfliktprävention, der Ausbau von sozialen und emotionalen Kompetenzen sowie aktive Konfliktlösung müssen fester Bestandteil des Unterrichts und des Schulalltags werden. Die Schule muss ihrem Erziehungsauftrag fachlich und personell nachkommen können.

Kooperation mit allen Beteiligten

SchülerInnen, Eltern, Kommunen mit ihren Unterstützungs- und Beratungssystemen sowie die Jugendverbände werden in ein Gesamtkonzept einbezogen.

Medienerziehung als fächerübergreifendes Element im Unterricht

Medienerziehung sowie das Thema „Gewalt in den Medien“ erhalten als fächerübergreifendes Element im Unterricht einen hohen Stellenwert.

Forschung zur Gewaltprävention ausbauen

Forschungsprojekte, die sich mit den multikausalen Ursachen von Gewalt beschäftigen, werden forciert. Ihre Ergebnisse halten Einzug in den schulischen Alltag.

Präventiver Ansatz statt Ausschluss vom Unterricht

Ein präventiver Ansatz, der junge Menschen und die Hintergründe für Gewalttaten in den Mittelpunkt rückt mit Angeboten zur Förderung und Hilfen zur Entwicklung, reicht aus. Der Blick wird innerhalb des Schulsystems auf den/die Einzelne/n gerichtet, individuelle Lösungen und Perspektiven erarbeitet. Administrative, repressive Maßnahmen wie z.B. Schulausschluss waren in der Vergangenheit nicht erfolgreich und werden deshalb auch in der Zukunft nicht angewandt.